

Berufsschule Aarau Allgemein Bildender Unterricht

Repetitorium SP 1. Teil 2024 vierjährige Lehre



Liebe Berufslernende

Diese Broschüre bildet die Grundlage für den ersten Teil der SP und dient gleichzeitig zur Repetition des Bereichs Gesellschaft in der Allgemeinbildung. An der SP, Teil 1, werden Ihnen aus diesem Katalog 20 Aufgaben vorgelegt. Die Reihenfolge der Fragen wie auch der Antworten kann verändert sein, der Wortlaut bleibt der gleiche wie in dieser Broschüre.

Wir wünschen Ihnen eine gute Vorbereitung und viel Erfolg an der LAP.

An	leitu	ng
	CILU	IIIS

Dia	talgandan	Aufgabentypen	komman	wor.
DIC	TOIRCITUCIT	Auigabentypen	KOIIIIIIEII	VOI.

3.1	Recl	ntlich gesehen entsteht ein Verein durch			
	a)	die Bewilligung der Gemeinde, in welcher der Verein se	inen Sitz hat		
	b)	Volksabstimmung an der Gemeindeversammlung			
	c)	die Annahme der schriftlichen Statuten des Vereins			X
	d)	das Festlegen der Mitgliederbeiträge			
Nur <u>e</u>	ine A	antwort ist jeweils richtig. Kreuzen Sie immer r	nur <u>ein</u> Kästchen an!		
1.7	Bewerten Sie die folgenden Aussagen zur Bundesverfassung (BV)				falsch
	a)	auf der BV beruhen alle Gesetze in der Schweiz		X	
	b)	die Grundrechte sind nur in den Kantonsverfassungen f	estgehalten		X
	c)	die Regeln der BV gelten in der ganzen Schweiz		X	
	d)	die BV zählt zum privaten Recht			X
Mehr	ere A	Antworten können richtig oder falsch sein.			
2.18	Wel	che Anlage passt zu welchem Ziel?			
	a)	hohe Gewinnchancen/hohes Risiko	A) Kreditkarte	a)	С
	b)	Vorsorge	B) Lebensversicherung	b)	В
	c)	bargeldloses Einkaufen	C) Aktie	c)	Α
	d)	längerfristige Anlage	D) Kassenobligation	d)	D

Pro Aussage gibt es immer nur <u>eine</u> richtige Zuordnung. Es können aber mehrmals die gleichen Antworten vorkommen und es kann auch sein, dass eine Antwort nirgends passt.

Bewertung

Für jede vollständig richtig gelöste Aufgabe gibt es 1 Punkt. Bei 2 oder 3 richtigen Teillösungen erhalten Sie einen halben Punkt. Bei nur einer richtigen Teillösung gibt es keinen Punkt mehr.

Inhalt

T1	Ins Berufsleben einsteigen	4
T2	Mit Geld umgehen	7
Т3	Die Freizeit gestalten	11
T4	In einer globalisierten Welt leben	15
T5	Beeinflussen und beeinflusst werden	19
Т6	Im Staat mitbestimmen	21
Т7	Von zu Hause ausziehen	26
Т8	Die Zukunft planen	30

T1: Ins Berufsleben einsteigen

1.1	Welcher Begriff bedeutet, dass eine Person alle Arten von Verträgen selbständig abschliessen dar				arf?
	a)	Volljährigkeit			
	b)	Urteilsfähigkeit			
	c)	Handlungsfähigkeit			
	d)	Rechtsfähigkeit			
1.2	Ord	lnen Sie die Fachbegriffe den passenden Aussagen zu!			
	a)	vernunftgemässes Handeln	A) Handlungsfähigkeit	a)	
	b)	volljährig und urteilsfähig sein	B) Urteilsfähigkeit	b)	
	c)	es regelt die Beziehung zwischen Bürger und Staat	C) öffentliches Recht	c)	
	d)	nach dem 18. Geburtstag	D) Volljährigkeit	d)	
1.3	We	lcher Rechtsgrundsatz passt zu welcher Aussage?			
	a)	ein Kollege behauptet, Sie würden ihm 200 Fr. schulden	A) Rechtsgleichheit	a)	
	b)	ein Richter entscheidet in einem Scheidungsfall nach bestem Wissen und Gewissen	B) Treu und Glauben	b)	
	c)	niemand darf wegen seiner Religionszugehörigkeit diskriminiert werden	C) Beweislast	c)	
	d)	bei einem Vertragsabschluss darf man sich auf die Ehrlichkeit des andern verlassen	D) richterliches Ermessen	d)	
1.4	We	lche Personen sind in der Schweiz rechtsfähig?			
	a)	alle Schweizer			
	b)	alle Menschen			
	c)	alle mündigen Schweizer			
	d)	alle Einwohner ausser Staatenlose			
1.5	Öff	entliches Recht oder privates Recht?			
	a)	Schweizer Männer sind verpflichtet, Militärdienst zu leisten	A) öffentliches Recht	a)	
	b)	ein Bankangestellter veruntreut eine Million Franken	B) privates Recht	b)	
	c)	zwei Nachbarn streiten sich über den Grenzabstand eines Baumes		c)	
	d)	ein Ehepaar hat Steuerschulden		d)	
1.6	We	elche Aussage trifft zu?			
	a)	das zwingende Recht steht im Gesetz, das nicht zwinge	ende ist Brauch		
	b)	privates Recht ist immer dispositives Recht			
	c)	das zwingende Recht kann durch einen schriftlichen Vertrag abgeändert werden			
	d)) bei nicht zwingendem Recht dürfen die Parteien auch etwas anderes vereinbaren			

1.7	Bev	werten Sie die folgenden Aussagen zur Bundesverfassung	(BV)!	rich [.]	tig	falsch
	a)	auf der BV beruhen alle Gesetze in der Schweiz				
	b)	die Grundrechte sind nur in den Kantonsverfassungen f	estgehalten			
	c)	die Regeln der BV gelten in der ganzen Schweiz				
	d)	die BV zählt zum privaten Recht				
1.8	Wel	Welche dieser Gesetzesregelungen finden Sie im ZGB?			ig	falsch
	a)	Erbrecht				
	b)	Strafgesetz				
	c)	Steuerrecht				
	d)	Strassenverkehrsrecht				
1.9	Wel	che Regelung finden Sie in welchem Gesetz?				
	a)	Mietrecht	A) Bundesverfassung B	V	a)	
	b)	Familienrecht	B) Zivilgesetzbuch ZGB		b)	
	c)	Höchstarbeitszeiten	C) Obligationenrecht O	R	c)	
	d)	obligatorisches Referendum	D) Arbeitsgesetz ArG		d)	
1.10	Alle	Gesetze, die in der ganzen Schweiz gelten,		rich	tig	falsch
	a)	müssen vom Volk durch Abstimmung bestätigt werden				
	b)	dürfen keiner Bestimmung in der Bundesverfassung wid	dersprechen			
	c)	müssen in den Landessprachen veröffentlicht werden				
	d)	müssen durch Verordnungen genauer definiert werden				
1.11	Ein	Offizialdelikt ist				
	a)	eine Beleidigung einer anderen Person in der Öffentlich	keit			
	b)	eine Straftat, die vom Staat auch ohne Anzeige verfolgt	wird			
	c)	ein gesetzlicher Vertreter				
	d)	eine offizielle Nachricht an den Bundesrat				
1.12	We	er ist eine natürliche und wer eine juristische Person?				
	a)	Andreas Kaufmann, Richter	A) natürliche Person		a)	
	b)	Fussballclub Muhen	B) juristische Person		b)	
	c)	Berufsschule Aarau			c)	
	d)	Fiona Haller, Eigentümerin einer Bäckerei			d)	
1.13	Ricl	ntig oder falsch?		richt	ig	falsch
-	a)	man darf vor dem 18. Geburtstag mit der Einwilligung d	ler Eltern heiraten		J	
	b)	die Selbstbestimmung über die Religionszugehörigkeit b Geburtstag				
	c)	in gewissen Fällen gilt die Rechtsfähigkeit schon vor der	Geburt			
	d)	mit der Urteilsfähigkeit beginnt auch die Straffähigkeit (

1.14	Was gift fur Vertrage?				falsch		
	a)	wer einen Vertrag mündlich abschliesst, handelt unverl	bindlich				
	b)	ein Vertrag wird normalerweise zwischen mindestens 2 sen	Parteien abgeschlos-				
	c)	gewisse Verträge werden stillschweigend abgeschlosse	n				
	d)	alle Verträge gelten nur in schriftlicher Form					
1.15	We	Welcher dieser Verträge gilt auch formlos?					
	a)	Lehrvertrag					
	b)	Mietvertrag					
	c)	Gesamtarbeitsvertrag					
	d)	Leasingvertrag					
1.16	Ein	Vertrag ist nichtig,					
	a)	wenn er mündlich abgeschlossen wurde					
	b)	wenn beim Abschluss keine juristische Person mitunterzeichnet hat					
	c)	wenn das Ziel des Vertragsinhalts widerrechtlich ist					
	d)	wenn einer der Vertragspartner übervorteilt wurde					
1.17	Not	Notieren Sie die minimale Formvorschrift beim jeweiligen Vertrag!					
	a)	Mietvertrag	A) formlos	a)			
	b)	Einzelarbeitsvertrag	B) einfache Schriftlichke	eit b)			
	c)	Kauf einer Eigentumswohnung	C) öffentliche Beurkun- dung	c)			
	d)	Barkaufvertrag (z. B. an der Kasse im Coop)		d)			
1.18	Wa	s zeichnet einen formlosen Vertrag aus?					
	a)	es gibt für den Abschluss kein Mindestalter					
	b)	von diesem Vertrag kann jede Partei jederzeit ohne Fol	lgen zurücktreten				
	c)	er kann per Handschlag oder mündlich abgeschlossen					
	d)	formlose Verträge müssen handschriftlich abgefasst werden					
1.19	Ein Vertrag ist sicher anfechtbar,						
	a)	wenn der Vertrag nur per Handschlag abgemacht wurd	le				
	b)	wenn der Vertrag über das Internet abgeschlossen wur	rde				
	c)	wenn eine absichtliche Täuschung vorliegt					
	d)	d) wenn ich den vereinbarten Geldbetrag gar nicht zahlen kann					

T2: Mit Geld umgehen

2.1	Wa	s gilt für den Kaufvertrag?	richtig	falsch			
	a)	Bestellungen müssen immer schriftlich sein					
	b)	ein mündlich abgeschlossener Kaufvertrag ist nicht verbindlich					
	c)	ein Vertragsabschluss kann auch stillschweigend geschehen					
	d)	hat eine Kundin angebotene Ware bestellt, gilt der Vertrag als abgeschlossen					
2.2	Ich kaufe einen Fernseher, nehme diesen mit nach Hause und überweise den Kaufpreis nach 10 Tagen m tels Einzahlungsschein. Das ist ein						
	a)	Barkauf					
	b)	Leasingvertrag					
	c)	Kreditkauf					
	d)	Mietkauf					
2.3	Ein	e mündliche Offerte im Verkaufslokal (z.B. Interdiscount) gilt					
	a)	genau gleich lange wie eine schriftliche Offerte					
	b)	während 3 Tagen					
	c)	während der Dauer des Gesprächs					
	d)	nie verbindlich					
2.4	Wa	s ist richtig, was falsch?	richtig	falsch			
	a)	der Verkäufer hat das Recht, seine Ware nur gegen Barzahlung zu verkaufen					
	b)	beim Kreditkauf müssen mindestens 30 Tage Zahlungsfrist gewährt werden					
	c)	einen Telefonverkauf kann man innerhalb von 14 Tagen widerrufen					
	d)	ein Eigentumsvorbehalt ist bei einem Kreditkauf möglich					
2.5	Bev	verten Sie diese Aussagen nach ihrer Richtigkeit.	richtig	falsch			
	a)	Zahlungsverzug bedeutet, dass der Käufer nicht fristgerecht bezahlt					
	b)	ein geleastes Fahrzeug ist Eigentum des Leasingnehmers					
	c)	beim Teilzahlungsvertrag bezahlt der Käufer die Ware immer vor dem Erhalt					
	d)	Sie werden von einem Telefonverkäufer kontaktiert. Dieser verkauft Ihnen Ware im Wert von 60 Franken. Nach 3 Tagen wollen Sie vom Vertrag zurücktreten. Die Verkaufsfirma teilt Ihnen jedoch mit, dass dies nicht möglich sei.					
2.6	Ner	nnen Sie das korrekte Verhalten! Bei Lieferung mangelhafter Ware	richtig	falsch			
	a)	sendet der Käufer diese zurück und erhält Ersatz					
	b)	tritt der Käufer vom Vertrag zurück					
	c)	bezahlt der Käufer die Hälfte des abgemachten Preises und wartet ab					
	d)	macht der Käufer sofort eine Mängelrüge in schriftlicher Form					
2.7	We	r sich gegen eine Betreibung wehren möchte					
	a)	erhebt Rechtsvorschlag					
	b)	geht vor Gericht					
	c)	sendet den Zahlungsbefehl zurück					
	d)	erstattet eine Anzeige bei der Polizei					

2.8	Die Betreibungskosten bezahlt					
	a)	in allen Fällen derjenige, der betrieben wird				
	b)	der Gläubiger, aber er kann sie dem Schuldner verrechnen				
	c)	der Steuerzahler mit der Betreibungssteuer der Wohngemeinde				
	d)	der Wohnkanton des Gläubigers				
2.9	Was	s gilt beim Leasing?	richtig	falsch		
	a)	der Leasingnehmer wird Besitzer der Sache				
	b)	der Leasingnehmer kann innerhalb von 14 Tagen vom neu abgeschlossenen- Leasingvertrag zurücktreten				
	c)	nach dem Bezahlen der letzten Leasingrate gehört das Auto dem Kunden				
	d)	das Leasen eines Autos ist im Allgemeinen günstiger als ein Kauf				
2.10	Als	Leasingnehmer bezahlen Sie normalerweise zusätzlich zur Leasingrate die	richtig	falsch		
	a)	Vollkaskoversicherung				
	b)	Benzinkosten				
	c)	Servicekosten				
	d)	Reifen				
2.11	Eine Reise gilt als Pauschalreise, wenn					
	a)	 a) der Konsument den Flug und das Hotel für dieselbe Reise bei unterschiedlichen Anbietern bucht 				
	b)	der Konsument eine Unterkunft mindestens drei Monate im Voraus bucht				
	c)	c) der Konsument den Flug und das Hotel für die selbe Reise beim einem Anbieter bucht				
	d)	der Konsument für den Flug einen Pauschalpreis vereinbart				
2.12	Wei	nn ein Konsument verhindert ist, die gebuchte Pauschalreise anzutreten, kann er				
	a)	den einbezahlten Betrag zurückfordern				
	b)	eine Ersatzperson stellen, welche die Reise für ihn antritt				
	c)	die Reise zu einem späteren Zeitpunkt antreten				
	d)	nichts daran ändern, er muss sie auf jeden Fall bezahlen				
2.13	Wai	nn sind Preiserhöhungen bei Pauschalreisen unter Umständen erlaubt?	richtig	falsch		
	a)	wenn diese Möglichkeit im Vertrag ausdrücklich erwähnt wird				
	b)	wenn sie mindestens eine Woche vor der Abreise angekündigt werden				
	c)	wenn sie durch eine Zunahme der Treibstoffkosten bedingt sind				
	d)	wenn sie durch die für die Reise geltenden Wechselkurse bedingt sind				
2.14	Sino	l die folgenden Aussagen zum Pauschalreisevertrag richtig oder falsch?	richtig	falsch		
	a)	der Kunde hat kein Anrecht auf Schadenersatz, wenn die Reise wegen höherer Gewalt nicht durchgeführt werden kann				
	b)	wenn der Kunde ein gebuchtes Angebot (z.B. einen Tauchgang) aus eigenem Verschulden verpasst, dann hat er kein Anrecht auf Entschädigung				
	c)	Eine nachträgliche Preiserhöhung von 8 % gilt als wesentliche Vertragsänderung				
	d)	Preisangaben in Prospekten von Pauschalreisen sind grundsätzlich verbindlich				

2.15	Der Aktionär ist				
	a)	Gläubiger des Unternehmens			
	b)	Miteigentümer des Unternehmens			
	c)	Schuldner des Unternehmens			
	d)	Mitglied der Geschäftsleitung			
2.16	Wa	s ist ein Hypothekardarlehen?			
	a)	eine Aktie			
	b)	ein Kredit der Bank für den Kauf einer Liegenschaft			
	c)	eine Schuld der Bank			
	d)	ein zinsloser Kredit			
2.17	We	lche Art von Geschäftstätigkeit einer Bank ist gemeint?			
	a)	Vergabe von Krediten gegen Zinsen	A) Verwaltung	a)	
	b)	Führen eines Sparkontos	B) Aktivgeschäft	b)	
	c)	Verbuchen der Löhne der Angestellten	C) Passivgeschäft	c)	
	d)	Vergabe eines Investitionskredits an eine Firma		d)	
2.18	We	r sein Geld in einer Obligation anlegt,			
	a)	erhält regelmässig Zins			
	b)	kann es jederzeit vom Schuldner zurückfordern			
	c)	geht keinerlei Risiko ein			
	d)	wird Miteigentümer eines Unternehmens			
2.19	We	lche Anlage passt zu welchem Ziel?			
	a)	hohe Gewinnchancen/hohes Risiko	A) Kreditkarte	a)	
	b)	Vorsorge	B) Lebensversicherung	b)	
	c)	bargeldloses Einkaufen	C) Aktie	c)	
	d)	längerfristige Anlage mit wenig Risiko	D) Kassenobligation	d)	
2.20	lm	Kontoauszug findet der Bankkunde sein aktuelles Guthab	en unter dem Begriff		
	a)	Saldo			
	b)	Belastung			
	c)	Valuta			
	d)	Gutschrift			
2.21	Dor	Unterschied zwischen einer Kreditkarte und einer Debit	Karta hastaht darin, dass		
4.41	Der Unterschied zwischen einer Kreditkarte und einer Debit-Karte besteht darin, dass				
	a) b)	mit der Kreditkarte bargeldlos bezahlt werden kann bei der Kreditkarte erst Ende Monat abgerechnet wird u	ınd hai dar Dahit-Karta safart	-	
	c)	es bei der Kreditkarte keine Monatslimite gibt	and bei der Debit-Karte Solort		
	d)	die Debit-Karte nicht im Ausland eingesetzt werden kan	n		
	٠,١	and a second resident with the second conference in the second resident res	• •		_

2.22	Devisen sind						
	a)	Gelder für Investitionen					
	b)	ausländische Währungen					
	c)	Bargeld					
	d)	Schwarzgelder auf Banken					
2.23	Ob	Obligationen sind richtig					
	a)	Wertpapiere mit Staatsgarantie					
	b)	Forderungen gegenüber einer Bank oder einem Unternehmen					
	c)	festverzinsliche Papiere					
	d)	nicht handelbar					
2.24	Eine Börse ist ein Marktplatz für		richtig	falsch			
	a)	Lebensmittel					
	b)	Devisen					
	c)	Wertpapiere					
	d)	elektrischen Strom					
2.25	Wer Geldanlagen bewertet, tut dies nach den folgenden Kriterien						
	a)	Rendite, Devisen, Verfügbarkeit					
	b)	Rendite, Verfügbarkeit, Sicherheit					
	c)	Rendite, Sicherheit, Bonität					
	d)	Rendite, Verfügbarkeit, Effekten					
2.26	Der Wert einer Aktie kann beeinflusst werden		richtig	falsch			
	a)	vom Geschäftsverlauf des Unternehmens					
	b)	vom Angebot und der Nachfrage nach den Aktien					
	c)	von der globalen Wirtschaftslage					
	d)	von kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Staaten					

T3: Die Freizeit gestalten

3.1	Rechtlich gesehen entsteht ein Verein durch						
	a)	die Bewilligung der Gemeinde, in welcher der Verein se	inen Sitz hat				
	b)	eine Volksabstimmung an der Gemeindeversammlung					
	c)	c) die Annahme der schriftlichen Statuten des Vereins					
	d)	das Festlegen der Mitgliederbeiträge					
3.2	Wer entscheidet, ob eine Person in den Verein aufgenommen wird?						
	a)	die Rechnungsrevisoren					
	b)	die Mitglieder- oder Jahresversammlung					
	c)	der Vorstand					
	d)	der Präsident					
3.3	Was	s gilt für den Verein?		richtig	falsch		
	a)	a) Vereinsbeschlüsse gelten durch Annahme an der Jahresversammlung					
	b)	ein Verein ist eine "juristische Person"					
	c)	den Ausschluss von Mitgliedern muss ein Richter bestätigen					
	d)						
3.4	Im \	/orstand eines Vereins sitzen		richtig	falsch		
	a)	der Präsident					
	b)	die Beisitzer					
	c)	die Stimmenzähler					
	d)	der Kassier					
3.5	Die	höchste Instanz im Verein ist					
	a)	der Präsident					
	b)	der Vorstand					
	c)	die Mitglieder- oder Jahresversammlung					
	d)	die Rechnungsrevisoren					
3.6	We	r macht was?					
	a)	kann von Fall zu Fall für spezielle Aufgaben eingesetzt werden	A) Aktuar	a)			
	b)	schreibt die Protokolle	B) Rechnungsrevisor	b)			
	c)	leitet die Sitzungen	C) Beisitzer	c)			
	d)	prüft die Rechnung	D) Präsident	d)			
3.7		e Menschen zahlen regelmässig Versicherungsprämien fünt man	ir all jene, die Leistunge	n beanspru	chen. Das		
	a)	Individualprinzip					
	b)	ökonomisches Prinzip					
	c)	Solidaritätsprinzip					
	d)	Risikomanagement					

3.8	Bewerten Sie die folgenden Aussagen zu den Versicherungen! richt			richtig	falsch	
	a)	die Motorfahrzeug-Haftpflichtversicherung ist freiwillig				
	b)	Haftpflichtversicherungen decken Schäden an "Dritten"				
	c)	die Vollkaskoversicherung bezahlt Schäden am eigenen I	- ahrzeug			
	d)	die Diebstahl- und die Hausratversicherung sind Sachver	sicherungen			
3.9	We	lche Leistung ist nicht durch die Krankenversicherung gede	eckt?			
	a)	Kosten für Medikamente				
	b)	Arztkosten				
	c)	Spitalkosten				
	d)	Lohnausfallkosten				
3.10	We	Iche Versicherung passt zu welchem Merkmal?				
	a)	3. Säule	A) Erwerbsersatzordnung	g a)		
	b)	2. Säule	B) Pensionskasse	b)		
	c)	Lohnersatz bei Mutterschaftsurlaub	C) Lebensversicherung	c)		
	d)	Taggelder bei Arbeitslosigkeit	D) Arbeitslosenversiche- rung ALV	-		
3.11	Die	Krankenkasse				
J.11	a) verlangt vom Versicherungsnehmer bei Leistungen 10% Selbstbehalt bis zu einem Betrag von 700 Franken pro Jahr					
	b)	verlangt von Kindern die halbe Prämie				
	c)	ist eine freiwillige Versicherung				
	d)	verlangt die Franchise auch, wenn keine Krankheitskoste	n anfallen			
3.12	Die	Berufsunfallversicherung				
	a)	wird in jedem Fall vom Arbeitnehmer bezahlt				
	b)	bezahlt auch Pflegekosten, die durch Berufskrankheiten	entstehen			
	c)	übernimmt bei einer Grippe alle Behandlungskosten				
	d)	bezahlt keine Spitalkosten				
3.13	Welche Versicherung ist betroffen bei einem Arbeitnehmer, welcher zu 100% angestellt ist?					
	a)	Unfall auf dem Weg zur Arbeit	A) Berufsunfallversiche- rung BU	a)		
	b)	Nach Feierabend rutschen Sie beim Umziehen in der Garderobe an Ihrem Arbeitsplatz aus und verletzen sich	B) Nichtberufsunfallvers cherung NBU	si- b)		
	c)	Unfall beim Boarden am Wochenende		c)		
	d)	Unfall beim Kochen am Abend zu Hause		d)		

3.14	We	che Versicherung bezahlt?			
	a)	Wasserschaden durch Rohrbruch	A) AHV	a)	
	b)	Glasbruch durch spielende Nachbarskinder	B) Gebäude-Wasservers cherung	si- b)	
	c)	Rente nach Pensionierung	C) Haftpflichtversicheru	ng c)	
	d)	Waisenrente bei Tod der Eltern	D) Unfallversicherung	d)	
3.15	Die	Privathaftpflichtversicherung		richtig	falsch
	a)	ist freiwillig			
	b)	deckt Schäden, welche die Haustiere des Versicherungsr gen	nehmers Dritten zufü-		
	c)	bezahlt Schäden bei Einbruchdiebstahl			
	d)	deckt den Schaden, der durch einen Unfall auf dem Gelärungsnehmers wegen ungenügender Beleuchtung entste			
3.16	Die	Hausratversicherung		richtig	falsch
	a)	deckt Feuer- und Wasserschäden am Mobiliar des Versic	cherungsnehmers		
	b)	deckt Feuer- und Wasserschäden an Kleidern des Versicl	nerungsnehmers		
	c)	deckt Feuer- und Wasserschäden am Haus des Versicher	ungsnehmers		
	d)	deckt den Schaden an Dritten, der durch einen Unfall au Versicherungsnehmers wegen Glatteis entsteht	f dem Gelände des		
3.17	Was	stimmt für die Lebensversicherung?			
	a)	sie kann nicht gekündigt werden			
	b)	kann nur bis zum vierzigsten Lebensjahr abgeschlossen v	verden		
	c)	sie gehört zur 2. Säule der Vorsorge			
	d)	sie gehört zur 3. Säule der Vorsorge			
3.18	Was	versteht man unter dem Bonus-Malussystem der Motorf	ahrzeug-Haftpflichtversi	cherung?	
	a)	Frauen bezahlen tiefere Prämien, da sie weniger teure U	nfälle bauen		
	b)	wer Leistungen bezieht, bezahlt höhere Prämien, wer un reduktion	fallfrei fährt, erhält eine	Prämien-	
	c)	Lenker unter 25 Jahren bezahlen eine höhere Prämie, da Unfälle bauen	sie statistisch gesehen r	nehr	
	d)	wer fahrlässig einen Unfall verursacht, muss den entstan	denen Schaden selber b	ezahlen	
3.19	Fah	lässig handelt, wer		richtig	falsch
	a)	Sicherheitsvorschriften am Arbeitsplatz nicht einhält			
	b)	betrunken Auto fährt			
	c)	auf einer gesperrten Piste Ski fährt			
	d)	auf einer Autobahn mit 120km/h durch dichten Nebel fä	ihrt		
3.20	Die	Kaskoversicherung bezahlt Schäden			
	a)	am Hausrat			
	b)	am eigenen Fahrzeug			
	c)	bei einem Einbruch			
	d)	an Dritten			

3.21	Wer seinen Hausrat in der Versicherung zu tief bewertet, muss damit rechnen, dass im Schadenfall					
	a)	keine Leistungen erbracht werden				
	b)	von der Versicherung Regress genommen wird				
	c)	die Prämie massiv erhöht wird				
	d)	der Verlust nicht voll gedeckt ist				
3.22	Was	richtig	falsch			
	a)	die Vollkaskoversicherung für meinen neu gekauften Pers freiwillige Versicherung	sonenwagen ist eine			
	b)	wenn ich beim Ausüben von sogenannten Risikosportart ich mit Leistungskürzungen der Versicherung rechnen	en verunfalle, muss			
	c)	die Gebäudeversicherung für mein Eigenheim kommt im er) auch für meine elektronischen Geräte auf	Schadenfall (z.B. Feu-			
	d)	wenn ich beim Abschluss einer Versicherung falsche Ang etwas verschweige, muss ich im Schadenfall mit Leistung				
3.23	Ordnen Sie die Begriffe aus dem Versicherungswesen den Fällen zu					
	a)	zu diesem Wert muss eine Lebensversicherung versteuert werden	A) Regress	a)		
	b)	der Versicherte muss einen Teil der erhaltenen Leistungen zurückzahlen	B) Vorbehalt	b)		
	c)	der Versicherte kann von einer Kasse zur anderen wechseln	C) Freizügigkeit	c)		
	d)	in einem bestimmten, in der Police festgehaltenen	D) Rückkaufswert	d)		

T4: In einer globalisierten Welt leben

4.1	Die Globalisierung richtig				
	a)	ist z.B. die weltumspannende Verflechtung von Wirtschaft und Politik			
	b)	wirkt sich auf die Schweiz als Nicht-Mitglied der EU wenig aus			
	c)	wirkt sich nicht auf den Dienstleistungssektor aus			
	d)	kann die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland auslösen			
4.2	Auf	die Finanzmärkte hat die Globalisierung			
	a)	wenig Einfluss			
	b)	grossen Einfluss, weil die meisten Wirtschaftsmärkte global verknüpft sind			
	c)	keinen Einfluss, weil die Bankzinsen in jedem Land wieder anders sind			
	d)	keinen Einfluss, weil die meisten Wirtschaftsmärkte global kaum miteinander ve sind	rknüpft		
4.3	Die	Globalisierung	richtig	falsch	
	a)	hat in der Schweiz in der Vergangenheit zu grösserer Arbeitslosigkeit geführt			
	b)	erhöht den Druck auf die Löhne in der Schweiz			
	c)	führt zu mehr Arbeitsmöglichkeiten im Ausland			
	d)	fördert die internationale Konkurrenz auf dem Arbeitmarkt			
4.4	Wa	s stimmt?			
	a)	in der Schweiz haben sich in den letzten Jahren die Einkommen der Gross- und I diener angenähert	(leinver-		
	b)	unbezahlte Arbeit, wie ehrenamtliche Tätigkeiten, heben das BIP an			
	c)	Arbeitsteilung senkt allgemein die Produktivität			
	d)	Anbieter von Dienstleistungen zählen zu den Produzenten			
4.5	Keii	ne wirtschaftlichen Güter sind			
	a)	Rohstoffe, denn sie kommen in der Natur vor			
	b)	Sonnenlicht, Luft und Wind, sie haben keinen Preis			
	c)	Nahrungsmittel, sie werden verbraucht			
	d)	Dienstleistungen, denn das sind virtuelle Güter			
4.6	We	nn viele Menschen dieselben Individualbedürfnisse haben, so			
	a)	entstehen Kollektivbedürfnisse			
	b)	steigt die Konjunkturkurve eines Landes automatisch an			
	c)	nennt man das Inflation			
	d)	herrscht grosse Arbeitslosigkeit			
4.7	Inve	estitionsgüter	richtig	falsch	
	a)	entstehen, wenn viele Menschen sparen			
	b)	werden in der Produktion eingesetzt			
	c)	sind ein wichtiger Faktor bei der Herstellung von Konsumgütern			
	d)	haben einen Einfluss auf den Preis eines Produkts			

4.8	Das Bruttoinlandprodukt (BIP) ist			richtig	falsch		
	a)	ein wichtiger Indikator für die Wirtschaftslage eines La	andes				
	b)	die Summe aller in einem Land während eines Jahres ¡ erbrachten Dienstleistungen zu Marktpreisen	produzierten Güter und				
	c)	die jährliche Lohnsumme in Handwerk, Gewerbe und	Industrie				
	d)	unabhängig von der Exportwirtschaft eines Landes					
4.9	Ma	ssive Inflation des Schweizer Frankens		richtig	falsch		
	a)	bedeutet, dass die Landeswährung stark an Wert verli	ert				
	b)	hat keinen Einfluss auf das Wirtschaftsgeschehen unse	eres Landes				
	c)	bewirkt, dass Importprodukte generell billiger werden					
	d)	kann zu einer Verminderung der Kaufkraft in der Schw	eiz führen				
4.10	Ma	rktwirtschaft zeichnet sich aus durch					
	a)	vom Staat verordnete Preise und Gütermengen					
	b)	eine stabile Währung					
	c)	Wettbewerb zwischen den Teilnehmern am Wirtschaftskreislauf					
	d)	ein Unterangebot von Konsumgütern					
4.11	Bev	Bewerten Sie die folgenden Aussagen zum Verlauf der Wirtschaft in einem Land!			falsch		
	a)	Konjunkturforscher versuchen, mit Hilfe von verschiedenen Indikatoren den Verlauf der Wirtschaft vorauszusagen					
	b)	bei einer Rezession sinkt das BIP					
	c)	höhere Löhne führen in der Regel zu mehr Konsum					
	d)	in einer Rezessionsphase herrscht meistens Inflation					
4.12	Orc	lnen Sie dem Wirtschaftsverlauf die richtigen Begriffe zu	!				
	a)	Hoch	A) Konjunktur	a)			
	b)	Abschwung	B) Rezession	b)			
	c)	anhaltende Krise	C) Boom	c)			
	d)	brummende Wirtschaft	D) Depression	d)			
4.13	Ordnen Sie die Unternehmen den Wirtschaftssektoren zu!						
	a)	Bauunternehmen	A) 1. Sektor	a)			
	b)	Versicherungsgesellschaft	B) 2. Sektor	b)			
	c)	Forstbetrieb	C) 3. Sektor	c)			
	d)	Kaffeemaschinenhersteller (z.B. Jura)		d)			
4.14	Wa	s zählt zu den Hauptaufgaben der Schweizerischen Natio	onalbank?				
	a)	gute Anlagemöglichkeiten für Sparer bieten					
	b)	Kredite für Konsumenten beschaffen					
	c)	Beratung von privaten Firmen in wirtschaftlichen Belar	ngen				
	d)	für eine stabile Währung sorgen					

4.15	Ein	richtig	falsch			
	a)	a) die Zusammenarbeit einer Gruppe von Ökonomen				
	b)	b) das Wirtschaftssystem in einem Staat				
	c)	c) ein Netz von Beziehungen zwischen belebter und unbelebter Natur				
	d)	die Beziehung zwischen Natur und Politik				
4.16	Der	Treibhauseffekt		richtig	falsch	
	a)	bewirkt eine Erhöhung der Durchschnittstemperatur auf de	r Erde			
	b)	verursacht die Abkühlung der Atmosphäre				
	c)	entsteht unter anderem durch die Abgabe von CO2 in die At	mosphäre			
	d)	kann zur Folge haben, dass sich das Klima in grossen Gebiet legend verändert	en der Erde grund-			
4.17	Was	s zählt zu den fossilen Brennstoffen?		richtig	falsch	
	a)	Erdgas				
	b)	Uran				
	c)	Erdöl				
	d)	Holz				
4.18	Was	s gilt für die Energieträger in der Schweiz?				
	a)	wichtigster Energietäger	A) Erdöl	a)		
	b)	wichtigste Energiequelle zur Herstellung von Strom	B) Atomenergie	b)		
	c)	wird neben der Wasserkraft zu den alternativen Energien gezählt	C) Windkraft	c)		
	d)	liefert rund 40% des Stroms	D) Wasserkraft	d)		
4.19	Exte	erne Effekte sind Auswirkungen				
	a)	einer wirtschaftlichen Tätigkeit, welche nicht von den Verur	sachern getragen we	rden		
	b)	unserer wirtschaftlichen Tätigkeit im Ausland				
	c)	der Globalisierung in der Politik				
	d)	einer wirtschaftlichen Tätigkeit, welche für alle nützlich sind				
4.20	Nac	hhaltiges Verhalten / nachhaltige Entwicklung bedeutet, dass		richtig	falsch	
	a)					
	b)	in einem Wald nicht mehr Holz geschlagen wird als in einer nachwachsen kann	gewissen Zeit			
	c)	nur so viele Rohstoffe verbraucht werden, dass spätere Ger noch davon profitieren können	erationen auch			
	d)	Rohstoffe, wenn immer möglich, recycelt werden				
4.21	Wie	Wie ist das Verhältnis der Schweiz zur EU geregelt?				
	a)	die Schweiz ist Mitglied der EU				
	b)	zwischen der CH und der EU gibt es bilaterale Verträge				
	c)	es besteht keine Zusammenarbeit zwischen der CH und der	EU			
	d) beide sind Mitglieder der NATO					

4.22	Was	s trifft für die EU zu?		richtig	falsch	
	a)	die Europäische Union besteht seit dem ersten Weltk	rieg			
	b)	die Europäische Union zählt 27 Mitgliedstaaten				
	c)	der Euro ist in allen EU-Staaten die geltende Währung				
	d)	Rumänien gehört zu den Mitgliedstaaten				
4. 23	Es g	ehört zu den Zielen der EU,		richtig	falsch	
	a)	den europäischen Binnenmarkt auszuweiten				
	b)	eine weltweite Wirtschaftsunion zu schaffen unter de	r Führung Europas			
	c)	bis zum Jahr 2020 einen einheitlichen Europastaat zu	schaffen			
	d)	eine europäische Sicherheitsordnung zu schaffen				
4.24	Die	UNO verfolgt als Ziel		richtig	falsch	
	a)	die Gleichberechtigung aller Mitgliedstaaten				
	b)	den Frieden auf der Welt zu fördern				
	c)	den Menschenrechten überall mehr Geltung zu versch	haffen			
	d)	kriegerische Konflikte mit Verhandlungen beizulegen				
4.25	Bew	verten Sie die folgenden Aussagen zur UNO!		richtig	falsch	
	a)	die Schweiz gehört zu den Mitgliedern				
	b)	die USA besitzen ein Vetorecht bei Beschlüssen des Si	cherheitsrats			
	c)	Grossbritannien, die USA und Deutschland sind ständ heitsrats	ige Mitglieder des Sicher-			
	d)	der Sicherheitsrat kann Sanktionen gegen ein Land be	eschliessen			
4.26	Dor	einfache Wirtschaftskreislauf spielt sich zwischen den f	folgondon Polon ah			
4.20	a)	Sozialprodukt und Volkseinkommen	olgenden Folen ab.			
	-					
	b)	Volkseinkommen und Marktpreise				
	c)	Produzenten und Konsumenten				
	d)	Produzenten und Arbeitende				
4.27	Wel	che Aussagen zum Wirtschaftskreislauf sind korrekt?		richtig	falsch	
	a)	der Wirtschaftskreislauf bildet Bewegungen von Geld tungen ab	, Waren und Dienstleis-			
	b)	bei einer Inflation wird der Geldstrom ausgeweitet				
	c)	wenn die Geschäftsbanken neue Geldnoten drucken, strom	erweitern sie den Güter-			
	d)	Einkäufe von Konsumgütern im Ausland beeinflussen	das BIP negativ			
4.28	In der Wirtschaftspolitik stehen die angestrebten Ziele in unterschiedlichem Zusammenhang. Ordnen Sie die Fachbegriffe zu!					
	a)	Preisstabilität - sozialer Ausgleich	A) Zielharmonie	a)		
	b)	sozialer Ausgleich - sichere AHV	B) Zielkonflikt	b)		
	c)	Vollbeschäftigung - Umwelt	C) Zielneutralität	c)		
	d)	Preisstabilität - Wirtschaftswachstum		d)		

T5: Beeinflussen und beeinflusst werden

5.1	Piktogramme, die zum Beispiel am Flughafen zum Waschraum führen, gehören					
	a)	zur verbalen Kommunikation				
	b)	nicht zur Kommunikation, da kein Text vorhanden ist				
	c)	zur nonverbalen Kommunikation				
	d)	zur mündlichen Kommunikation				
5.2	Beı	ırteilen Sie die folgenden Aussagen in Bezug auf Du-Botschaften!	richtig	falsch		
	a)	die Ansprechperson fühlt sich oft angegriffen, selten geschmeichelt				
	b)	sie eignen sich besser zur Lösung von Konflikten als Ich-Botschaften				
	c)	der Sprecher zeigt besonderes Einfühlungsvermögen				
	d)	sie sind besonders gut als Problemlösestrategien geeignet				
5.3	Kor	flikte lassen sich besser lösen, wenn	richtig	falsch		
	a)	man erkennt, worin der Konflikt eigentlich besteht				
	b)	man Empathie für das Gegenüber entwickeln kann				
	c)	man sachlich kommuniziert				
	d)	man nach gemeinsamen Punkten sucht, bei denen man übereinstimmt				
5.4	Zu	den Massenmedien zählt man:	richtig	falsch		
	a)	Bücher				
	b)	Zeitungen				
	c)	Onlinezeitungen				
	d)	Werbesprospekte				
5.5	Ideale Ziele der Massenmedien sind:					
	a)	Information, Manipulation, Voraussagen				
	b)	Meinungsbildung, Manipulation, Unterhaltung				
	c)	Information, Meinungsbildung, Unterhaltung				
	d)	Unterhaltung, Werbung, Meinungsbildung				
5.6	Um	sich nicht manipulieren zu lassen, sollte man	richtig	falsch		
	a)	überhaupt keine Zeitungen lesen				
	b)	immer dieselbe Zeitung lesen				
	c)	wissen, woher die Informationen stammen				
	d)	sich in verschiedenen Medien informieren				
5.7	Dei	Werbefachmann arbeitet mit dem AIDA-Prinzip. Er möchte, dass die Konsumen	en			
	a)	Anteil nehmen, interessiert sind, sich nicht belästigt fühlen, etwas tun				
	b)	aufmerksam werden, interessiert sind, Wünsche entwickeln, handeln				
	c)	still stehen, um zu lesen, gut zuhören, Preise vergleichen, kaufen				
	d)	sich besser informieren, argumentieren, abwägen, handeln				

5.8	Oft hört man, die Medien seien die vierte Gewalt im Staat. Damit ist gemeint, dass sie					
	a)	sehr viel Geld erwirtschaften				
	b)	bei Politikern besonders zur Selbstdarstellung beliel	ot sind			
	c)	schreiben dürfen, was sie wollen				
	d)	bei der Meinungsbildung eine grosse Rolle spielen				
5.9	We	Iche Aussagen zum Internet sind richtig, welche falsch	n?	richtig	falsch	
	a)	mit Phishingmails versuchen fremde Personen an Passwörter von Bankkonten zu gelangen				
	b)	der Wahrheitsgehalt der Informationen im Internet wird regelmässig überprüft				
	c)	Google speichert unser Surfverhalten, sprich all unsere Klicks. Mit diesen Daten kann z.B. Internetwerbung gezielt auf den jeweiligen User angepasst werden				
	d)	jeder Computer hat eine sogenannte IP, eine Adres lesen können	se, die andere Computer			
5.10	Wa	s passt?				
	a)	Firefox, Microsoft Edge	A) Suchmaschine	a)		
	b)	Google, DuckDuckGo	B) Browser	b)		
	c)	externer Speicher (z. B. irgendwo in den USA)	C) Cloud	c)		
	d)	heruntergeladene Daten	D) Download	d)		
5.11	Rich	ntig oder falsch?		richtig	falsch	
	a)	Malware ist eine Bezeichnung für Schadsoftware				
	b)	Schadsoftware kann in Apps versteckt sein				
	c)	Handys sind weniger anfällig für Schadsoftware als	Laptops			
	d)	persönliche Daten auf Handys können nicht von Dri	tten eingesehen werden			

T6 (T5): Im Staat mitbestimmen

6.1	Eine Gesellschaft, in der nur eine Meinung gilt, ist					
	a)	pluralistisch				
	b)	konservativ				
	c)	totalitär				
	d)	demokratisch				
6.2	Ein	e Gesellschaft gilt als pluralistisch, wenn				
	a)	unterschiedliche Meinungen vertreten werden di	irfen			
	b)	der Staat die Medien kontrolliert				
	c)	eine intensive Informationspolitik durch den Staa	t betrieben wird			
	d)	nur eine Meinung vorherrscht				
6.3	Da	s Ziel der Gewaltenteilung in einem Staat ist				
	a)	a) die Macht möglichst bei den Behörden zu konzentrieren				
	b)	die Macht zu verteilen, damit keine Diktatur entstehen kann				
	c)	Gewalttäter hart zu bestrafen				
	d)	eine Manipulation der Bürger durch die Massenn	nedien zu verhindern			
6.4	Welche Merkmale passen zu den Fachbegriffen?					
	a)	vollziehende Behörde	A) Legislative	a)		
	b)	erlässt Gesetze	B) Exekutive	b)		
	c)	regiert, vertritt den Staat gegen aussen	C) Judikative	c)		
	d)	urteilt über Verstösse gegen das Gesetz	D) Polikative	d)		
6.5	Die	e Menschenrechte sind in der Schweizerischen Bunc	lesverfassung (BV)			
	a)	nicht zu finden				
	b)	als Freirechte aufgeführt				
	c)	als Grundrechte zu finden				
	d)	unter dem Titel staatsbürgerliche Rechte vorhand	len			
6.6		Wer sich vom Schweizer Staat in seinen Menschenrechten verletzt fühlt, kann sich nach dem Durch der schweizerischen Instanzen an den				
	a)	Gerichtshof für Menschenrechte in Rom wenden				
	b)	Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in	Strassburg wenden			
	c)	internationalen Strafgerichtshof in Den Haag wen	den			
	d)	Präsidenten der vereinigten Bundesversammlung	wenden			

6.7	Zu	den Menschenrechten gemäss UNO-Charta gehört das Recht	richtig	falsch
	a)	auf Leben		
	b)	eine Initiative zu unterschreiben		
	c)	den Ehepartner selber zu wählen		
	d)	ein politisches Amt auszuüben		
6.8	Die	Menschenrechte gelten in der Schweiz für		
	a)	alle Staatsbürger		
	b)	alle Erwachsenen		
	c)	alle Einwohner		
	d)	alle Menschen		
6.9	In d	ler Gemeinde gilt:		
	a)	wer nicht Mitglied einer politischen Partei ist, kann nicht in eine Behörde gewählt	werden	
	b)	der Steuerfuss einer Gemeinde wird durch die Gemeindeversammlung bestimmt		
	c)	die Entscheidungsfreiheit der Gemeinden wird durch die Bundes- und Kantonsversehr stark eingeschränkt	fassung	
	d)	eine Gemeinde kann Menschen den Wohnsitz verweigern, wenn diese über zu we Einkommen verfügen	enig	
6.10	Wie	e heisst die gesetzgebende Gewalt in der Gemeinde?		
	a)	Einwohnerrat/Gemeindeversammlung		
	b)	Gemeinderat		
	c)	Friedensrichter		
	d)	Grosser Rat		
6.11	We wire	lches Gericht in der Schweiz urteilt in letzter Instanz, wenn jemand wegen eines Töt d?	:ungsdelik	ts angeklagt
	a)	das Bundesstrafgericht		
	b)	das Bezirksgericht		
	c)	das Geschworenengericht		
	d)	das Obergericht		
6.12	We	shalb kann ein Gemeinderat nicht in den Einwohnerrat gewählt werden?		
	a)	weil er dann immer gleichzeitig zwei verschiedene Sitzungen hätte		
	b)	wegen polizeilicher Vorschriften		
	c)	wegen der Gewaltentrennung		
	d)	weil die Einwohnerräte nicht durch das Volk gewählt werden		
6.13	We	lche Art von Prozess ist nötig bei einem Einbruchdiebstahl?		
	a)	Strafprozess		
	b)	Verwaltungsprozess		
	c)	Zivilprozess		
	d)	Verurteilungsprozess		

6.14	Wie	viele Personen aus dem Kanton Aargau sitzen im Ständerat?		
	a)	15		
	b)	10		
	c)	5		
	d)	2		
6.15	Wie	viele Mitglieder zählt der Nationalrat?		
	a)	246		
	b)	200		
	c)	146		
	d)	46		
6.16	We	che Aufgaben erfüllt die Vereinigte Bundesversammlung?	richtig	falsch
	a)	Wahl der Bundesrichter		
	b)	Wahl der Bundesräte		
	c)	Begnadigungen		
	d)	Verteilung der Departemente an die Bundesräte		
6.17	Wa	s bedeutet der Ausdruck Ideologie?		
	a)	Weltanschauung		
	b)	Parteiparole		
	c)	linkes Gedankengut		
	d)	Parteipolitik		
6.18	Wa	s versteht man unter dem Begriff "passives Wahlrecht"? Man kann		
	a)	zu einer Sachvorlage ja oder nein sagen		
	b)	an der Gemeindeversammlung teilnehmen		
	c)	sich für ein Amt zur Wahl stellen		
	d)	jemanden wählen		
6.19	Bei	den Nationalratswahlen ist das Kumulieren gestattet. Das bedeutet, der Stimmbü	rger darf	
	a)	eine Person auf der Wahlliste zweimal aufführen		
	b)	eine Person von einer fremden Liste zufügen		
	c)	Kandidaten aufschreiben, welche auf keiner der Listen zu finden sind		
	d)	eine leere Liste einlegen		
6.20	Bur heis	desbeschlüsse und neu geschaffene Gesetze unterstehen teilweise dem fakultativ	ven Referer	ndum. Das
	a)	es gibt in jedem Fall eine Volksabstimmung		
	b)	die Stimmbürger können eine Volksabstimmung verlangen		
	c)	der Beschluss / das Gesetz muss vom Verwaltungsgericht überprüft werden		
	d)	der Beschluss / das Gesetz muss vom Bundesrat überprüft werden		

6.21	Die Bundesverfassung soll geändert werden. Es braucht dazu						
	a)	eine Mehrheit im Stände- und im Nationalrat					
	b)	die Bewilligung des Bundesrates					
	c)	das Volksmehr					
	d)	das Volks- und das Ständemehr					
6.22	Das	Proporzwahlsystem	richtig	falsch			
	a)	ist viel komplizierter als das Majorzwahlsystem					
	b)	wird bei den Nationalratswahlen angewendet					
	c)	begünstigt bekannte Persönlichkeiten					
	d)	zeigt ein anteilsmässiges Abbild der Volksmeinung					
6.23	Die	Schweiz ist ein föderalistischer Staat. Das bedeutet:					
	a) alle Aufgaben des Staates werden zentral geregelt und gelöst						
	b) die Kantone und die Gemeinden sind Verwaltungseinheiten						
	c)	was den Kantonen nicht vom Bund zugewiesen wird, können sie selber regeln					
	d)	die Schweiz ist gleich organisiert wie Frankreich					
6.24	Eine Fraktion						
	a) ist ein Zusammenschluss von Parlamentariern mit gleicher Ideologie						
	b) wird immer nur von einer Partei gegründet						
	c) ist eine grosse Meinungsverschiedenheit zwischen dem National- und dem Ständerat						
	d)	ist ein parlamentarischer Ausschuss, der sich mit einem speziellen Problem befa	asst				
6.25	Mit einer Initiative auf Bundesebene kann man						
	a)	sehr schnell eine Gesetzesänderung herbeiführen					
	b)	verlangen, dass ein Bundesrat abgesetzt wird					
	c)	die Bundesverfassung ändern					
	d)	eine Abstimmung zu einem Beschluss der Regierung verlangen					
6.26	Die Schweiz besteht aus						
	a)	23 Kantonen, wobei 3 in Halbkantone geteilt sind					
	b)	24 Kantonen, wobei 2 in Halbkantone geteilt sind					
	c)	21 Kantonen, wobei 5 in Halbkantone geteilt sind					
	d)	24 Kantonen, wobei 3 in Halbkantone geteilt sind					
6.27	Bei	m Ausfüllen der Steuererklärung muss man	richtig	falsch			
	a)	auch kleinere Einkommensbeträge (z.B. 2000 Fr.) deklarieren					
	b)	jedes Bank- und Postkonto angeben					
	c)	Schenkungen (z.B. 10'000Fr. von den Eltern) immer angeben					
	d١	Liegenschaften im Ausland als Vermögenswerte deklarieren		П			

6.28	Der	Steuerzahler		richtig	falsch
	a)	muss als Kleinverdiener prozentual weniger Steuern b grosses Einkommen hätte	ezahlen, als wenn er ein		
	b)	kann gegen den Steuerbescheid innerhalb der gesetzl erheben	ichen Frist Einspruch		
	c)	wird von der Steuerbehörde eingeschätzt, wenn er die ausfüllt, das heisst, der fällige Steuerbetrag wird vom legt			
	d)	muss für beide Ehepartner eine separate Steuererklär	rung ausfüllen		
6.29	We	Iches sind direkte, welches indirekte Steuern?			
	a)	Steuern auf fossilen Brennstoffen	A) direkte Steuer	a)	
	b)	Einkommenssteuer	B) indirekte Steuer	b)	
	c)	Hundesteuer		c)	
	d)	Mehrwertsteuer		d)	
6.30	Mit	den Gemeindesteuern werden die folgenden Einrichtur	ngen finanziert:	richtig	falsch
	a)	Unterhalt von Hauptstrassen			
	b)	Badeanstalt in der Gemeinde			
	c)	Schulhäuser der Volksschule			
	d)	Unterhalt von Gemeindestrassen			
6.31	Die	Verrechnungssteuer		richtig	falsch
	a)	wird bei Lotteriegewinnen erhoben			
	b)	beträgt 35%			
	c)	kann zurückverlangt werden			
	d)	wird auf Zinsen von Bankguthaben erhoben			
6.32		se Kosten können in der Steuererklärung von unselbstär kommen abgezogen werden.	ndig Erwerbstätigen ganz o	oder teilw	eise vom
	a)	Heizkosten			
	b)	die Anschaffung eines Autos			
	c)	Kosten für den Arbeitsweg			
	d)	Kehrichtgebühren			

T7 (T6): Von zu Hause ausziehen

7.1	Wer beim Einziehen in eine Wohnung Schäden des Vormieters entdeckt, sollte richtig f					
	a)	dem Vermieter sofort ein Übergabeprotokoll schicken und dieses von ihm unterzeichnen lassen				
	b)	ein Übergabeprotokoll erstellen und diese aufbewahren				
	c)	den Vormieter sofort telefonisch benachrichtigen				
	d)	die Mängel durch den Fachmann beheben lassen und die Rechnung an den Vermieter schicken				
7.2	Gen	näss Regeln im Mietrecht	richtig	falsch		
	a)	kann der Vermieter eine Untermiete nur in bestimmten Fällen verbieten				
	b)	müssen kleine Reparaturen vom Vermieter bezahlt werden				
	c)	beträgt die Kündigungsfrist für Wohnungen ohne besondere Abmachungen 3 Monate				
	d)	muss der Kündigungsbrief vor Beginn der Frist beim Vermieter ankommen				
7.3	Wel	che Nebenkosten muss der Mieter bezahlen?				
	a)	das Erstellen von Parkplätzen für die Autos der Mieter				
	b)	Ersatz der Waschmaschine, sie war defekt				
	c)	Fassadenrenovation mit Wärmedämmung				
	d)	zusätzliche Heizkosten wegen Ansteigens des Erdölpreises				
7.4	Das	Gesetz sieht vor, dass	richtig	falsch		
	a)	Mietverträge bei einem Verkauf des Mietobjekts ungültig werden				
	b)	der Vermieter das Recht hat, die gemietete Wohnung jederzeit und ohne Vorankündigung zu besichtigen				
	c)	die Ankündigung einer Mietzinserhöhung auf einem vom Kanton genehmigten Formular zu erfolgen hat				
	d)	die Kündigung einer Wohnung durch den Vermieter anderen Regeln untersteht als die Kündigung durch den Mieter				
7.5	Ein :	Student schliesst einen auf ein Jahr befristeten Mietvertrag ab. Dieses Mietver- nis	richtig	falsch		
	a)	kann mit einer Frist von einem Monat jeweils auf Monatsende gekündigt werden				
	b)	endet ohne vorherige Kündigung nach einem Jahr				
	c)	kann stillschweigend verlängert werden				
	d)	ist vom Gesetz nicht vorgesehen				
7.6	Wenn die Kündigung durch den Vermieter für den Mieter eine besondere Härte zur Folge hat, kann dies eine Erstreckung des Mietverhältnisses					
	a)	beim Mieterschutzverband beantragen				
	b)	bei der kantonalen Schlichtungsbehörde für Mietsachen beantragen				
	c)	beim Mietgericht an seinem Wohnort beantragen				
	d)	beim Hauseigentümerverband beantragen				

7.7	Eine Verlobung						
	a)	verpflichtet das Brautpaar vor dem Gesetz zur Heirat					
	b)	b) kann Ersatzansprüche zur Folge haben, wenn die Verlobung wieder aufgelöst wirdc) ist rechtlich gesehen dasselbe wie ein Konkubinat					
	c)						
	d)	verpflichtet die Brautleute, einander finanziell zu unterstützen					
7.8	Wer	im Konkubinat lebt	richtig	falsch			
	a)	verpflichtet sich seinem Partner gegenüber rechtlich gesehen zu nichts					
	b)	kann den Partner mit einer Lebensversicherung begünstigen					
	c)	wird gegenüber gemeinsamen Kindern nicht unterhaltspflichtig					
	d)	sollte mit Vorteil einen Konkubinatsvertrag abschliessen					
7.9	Ein	Paar möchte heiraten, es muss	richtig	falsch			
	a)	die bevorstehende Eheschliessung auf dem Zivilstandsamt melden					
	b)	vor der kirchlichen Trauung auf dem Zivilstandsamt heiraten					
	c)	in jedem Fall auch gemäss der religiösen Tradition heiraten					
	d)	den 18. Geburtstag hinter sich haben					
7.10	Bei der Eheschliessung						
	a)	erhält die Ehegattin das Bürgerrecht des Mannes und verliert ihr eigenes					
	b) gilt automatisch der Name des Mannes als Familienname für die späteren Kinder		r				
	c)	wird gemeinsam bestimmt, welchen Familiennamen die zukünftigen Kinder trag	en werden				
	d)	müssen die Ehegatten auf dem Zivilstandsamt ihre Vermögensverhältnisse offen	legen				
7.11	Was	gilt für den Namen?	richtig	falsch			
	a)	bei der Eheschliessung behalten beide Partner automatisch ihren Namen, falls sie keine besonderen Wünsche anbringen					
	b)	bei eingetragener gleichgeschlechtlicher Partnerschaft dürfen die Partner einen gemeinsamen Familiennamen wählen					
	c)	es kann auch ein Familienname gewählt werden, den weder die Frau noch der Mann bisher getragen hat					
	d)	ein Paar kann bei der Heirat auch den Namen der Frau als Familiennamen wählen					
7.12	Ohn	e besondere Abmachung lebt ein verheiratetes Paar unter dem ordentlichen Güt	erstand der				
	a)	Güterbeteiligung					
	b)	Gütergemeinschaft					
	c)	Errungenschaftsgemeinschaft					
	d)	Errungenschaftsbeteiligung					
7.13	Unt	er dem ordentlichen Güterstand					
	a)	werden die Lohneinkünfte zu Eigengut					
	b)	versteht man die Gütergemeinschaft					
	c)	brauchen die Ehegatten keinen Ehevertrag abzuschliessen					
	d)	werden bei einer Scheidung alle in die Ehe eingebrachten Vermögenswerte gleic auf beide Ehepartner verteilt	hmässig				

7.14		n Sie die aufgeführten Vermögensteile unter dem Güterstand der Errungenschafts- gung zu					
	a)	Ersparnisse während der Ehe	A) Eigengut	a)			
	b)	Wertschriften aus einer Erbschaft	B) Errungenschaft	b)			
	c)	Haus, welches vor der Ehe gekauft wurde		c)			
	d)	Gegenstände zum persönlichen Gebrauch wie Kleidung, Arbeitswerkzeuge	-	d)			
7.15	Verl	neiratete Paare sind verpflichtet,		richtig	falsch		
	a)	einander ihre finanziellen Verhältnisse offen zu leg	en				
	b)	einander bei finanziellen Problemen zu helfen					
	c)	zusammen zu wohnen					
	d)	dem haushaltführenden Ehegatten einen Betrag fü nisse zur Verfügung zu stellen	ir die persönlichen Bedürf-				
7.16	Wäl	nrend der Ehe		richtig	falsch		
	a)	können die Ehegatten die Familienwohnung nur ge	emeinsam kündigen				
	b)	ist der Ehemann für die finanzielle Sicherheit der F	amilie verantwortlich				
	c)	darf die Ehefrau nur mit Einverständnis ihres Manr nachgehen	nes einer Erwerbstätigkeit				
	d)	haften die Eheleute solidarisch für Schulden aus Ve sie einseitig eigegangen wurden	erpflichtungen, auch wenn				
7.17	In e	iner Familie mit Kindern		richtig	falsch		
	a)	können die Eltern von ihren erwerbstätigen Kinder trag zum Haushaltsbudget verlangen	n einen angemessenen Bei-				
	b)	sorgen die Eltern gemeinsam für deren Wohl bis zu dung oder bis zur Volljährigkeit	um Abschluss der Erstausbil-				
	c)	bestimmen die Eltern bis zur Volljährigkeit den Wo	hnsitz der Kinder				
	d)	dürfen die Eltern über das Vermögen der Kinder ver	erfügen				
7.18	Wann sind erwachsene Kinder gegenüber ihren fürsorgeabhängigen Eltern unterstützungspflichtig?						
	a)	in jedem Fall, wenn die Eltern alt und krank sind					
	b)	wenn sie in guten finanziellen Verhältnissen leben					
	c)	nur, wenn sie mit den Eltern im gemeinsamen Hau:	shalt leben				
	d)	nur, solange sie noch keine eigene Familie haben					
7.19		ördliche Massnahmen zum Schutz von Erwachsener Leben zu organisieren,	n, welche überfordert sind,	richtig	falsch		
	a)	müssen immer geeignet und verhältnismässig se	in				
	b)	heissen Begleitbeistandschaft, wenn die betroffe mehr selbständig und rechtlich handeln kann.					
	c)	können nur angeordnet werden, wenn das Wohl	einer Person gefährdet ist				
	d)	heissen umfassende Beistandschaft, wenn die be rechtlichen Handlungen einen Beistand braucht	etroffene Person für alle				

7.20	We	Welchen Anteil der Erbmasse erbt ein Konkubinatspartner ohne Vertrag gemäss Gesetz?					
	a)	einen Achtel					
	b)	nichts					
	c)	die Hälfte					
	d)	einen Viertel					
7.21	Das	Erbrecht sieht vor, dass beim Tod eines Familienvaters, der kein Testament hinterlassen hat,					
	a)	die Kinder das Erbe mit dem überlebenden Elternteil teilen					
	b)	nur die ehelichen Kinder erbberechtigt sind					
	c)	auf jeden Fall ein Teil des Erbes an die Eltern des Verstorbenen geht					
	d)	der überlebende Ehegatte immer am meisten erbt					
7.22	We	ein Testament schreibt,					
	a)	sollte darauf achten, dass er die Pflichtteile nicht verletzt					
	b)	kann nach Belieben über sein Vermögen verfügen					
	c)	muss das immer handschriftlich tun					
	d)	hraucht dazu immer die Hilfe eines Notars	П				

T8 (T7): Die Zukunft planen

8.1	Eine	Eine schriftliche Stellenbewerbung enthält die folgenden Teile:						
	a)	Empfehlungsschreiben, Motivationsschreiben, Referenzen						
	b)	Motivationsschreiben, Lebenslauf, Referenzen, Zeugnisse						
	c)	Lebenslauf, Referenzen, Zeugnisse, Familienbüchlein						
	d)	Motivationsschreiben, Zeugnisse						
8.2	Beii	m Vorstellungsgespräch sind	richtig	falsch				
	a)	Fragen zum allgemeinen Gesundheitszustand grundsätzlich nicht erlaubt						
	b)	Fragen zur politischen Einstellung grundsätzlich nicht erlaubt						
	c)	Fragen über eine bestehende oder geplante Schwangerschaft Privatsache; danach zu fragen ist für den Arbeitgeber daher grundsätzlich unzulässig						
	d)	Fragen nach Vorstrafen zulässig, wenn sie für die entsprechende Stelle von Bedeutung sind						
8.3	Der Arbeitnehmer							
	a)	haftet immer persönlich für Schäden, die er während seiner Arbeit verursacht						
	b)	kann nie fristlos kündigen						
	c)	verpflichtet sich, die Interessen seines Arbeitgebers zu wahren						
	d)	darf nur mit Angabe eines Grundes kündigen						
8.4	Der	Arbeitgeber	richtig	falsch				
	a)	hat alle Massnahmen zu treffen, um seine Angestellten vor Schaden zu bewahren						
	b)	muss bei sexueller Belästigung einschreiten						
	c)	hat dafür zu sorgen, dass seine Angestellten in der Freizeit nichts tun, was ihre Gesundheit schädigen könnte						
	d)	ist verpflichtet, Weiterbildungen seiner Angestellten zu bezahlen						
8.5	Ohne besondere Abmachung dauert die Probezeit als Arbeitnehmer im Einzelarbeitsvertrag							
	a)	1 Woche						
	b)	1 Monat						
	c)	2 Monate						
	d)	3 Monate						
8.6	We	Wer als Arbeitnehmer tätig und älter als 20 Jahre ist, richtig						
	a)	hat Anspruch auf mindestens 5 Wochen Ferien						
	b)	hat eine Gratifikation am Ende des Kalenderjahres nur zugute, wenn dies schriftlich vereinbart ist						
	c)	darf seinen Arbeitgeber nicht konkurrenzieren						
	d)	muss die Anweisungen seines Chefs grundsätzlich befolgen						

8.7	Die	Die Lohnabrechnung richtig						
	a)	enthält keine Angaben zu den Überstunden						
	b)	zeigt unter anderem den Bruttolohn						
	c)	enthält keine Angaben zu Spesenentschädigungen						
	d)	Ende Jahr ist obligatorisch und muss detailliert sein						
8.8	Als Arbeitnehmer mit Familie hat man Anspruch auf Kinder- oder Ausbildungszulagen, solange							
	a) die Kinder noch in Ausbildung sind							
	b)	die Kinder noch nicht volljährig sind						
	c)	die Kinder noch zuhause wohnen und das 18. Altersjahr	noch nicht erreicht haber	า				
	d) die Kinder noch in ihrer ersten Ausbildung sind und das 25. Altersjahr noch nicht erreicht haben							
8.9	War	nn darf der Arbeitnehmer ein Arbeitszeugnis verlangen?						
	a)	immer auf Ende eines Monats						
	b)	o) nach seiner Kündigung						
	c)	jederzeit						
	d)	am letzten Arbeitstag						
8.10	Was unterscheidet ein Arbeitszeugnis von einer Arbeitsbestätigung?							
	a)	das Arbeitszeugnis enthält eine Bewertung der Arbeitsleistung, die Arbeitsbestätigung nicht						
	b)	die Arbeitsbestätigung darf pro Jahr nur einmal verlangt werden, das Arbeitszeugnis immer auf Ende eines Monats						
	c)	das Arbeitszeugnis ist vom Arbeitgeber immer handschriftlich abgefasst, die Arbeitsbestätigung nicht						
	d)	die Arbeitsbestätigung ist kostenlos, das Arbeitszeugnis	ist kostenpflichtig					
8.11	Ord	nen Sie die passenden Begriffe den Aussagen zu						
	a)	kann vom Bundesrat für allgemeinverbindlich erklärt werden	A) Einzelarbeitsvertrag E	AV a)				
	b)	wird zwischen Arbeitnehmervertretern und Arbeitgeberverband ausgehandelt	B) Gesamtarbeitsvertrag GAV	b)				
	c)	ist auch mündlich gültig	C) Obligationenrecht OR	c)				
	d)	enthält vor allem Schutzbestimmungen für den Arbeit- nehmer	D) Arbeitsgesetz ArG	d)				
8.12	Wei	r macht was?						
	a)	Handelt mit Industrie und Gewerbe Gesamtarbeitsverträge aus	A) Gewerkschaft	a)				
	b)	ergreift Massnahmen zur Sicherheit der Arbeitnehmer im Betrieb	B) Staat	b)				
	c)	ist verantwortlich für eine sorgfältige, gewissenhafte Ausführung der Arbeit	C) Arbeitnehmer	c)				
	d)	ist Vertragspartner des Arbeitnehmers beim Abschluss eines Einzelarbeitsvertrags	D) Arbeitgeber	d)				

8.13	Kann eine Kündigung durch den Arbeitgeber auch frislos erfolgen?						
	a)	nein, die Kündigungsfristen müssen in jedem Fall eingehalten weden					
	b)	nur mit der Einwilligung des Arbeitnehmers					
	c)	ja, wenn der Arbeitnehmer vor Gericht verklagt wird					
	d)	ja, bei schwerwiegenden Verfehlungen					
8.14	Die	Kündigungsfrist dauert für ein Arbeitverhältnis					
	a)	immer 3 Monate					
	b)	je nach Anstellungsdauer unterschiedlich lange					
	c)	je nach Abmachung im Arbeitsvertrag weniger lange als im OR angegeben					
	d)	für Teilzeitangestellte weniger lange als wenn jemand Vollzeit arbeitet					
8.15		Arbeitsverhältnis kann über längere Zeit (mehrere Wochen oder Monate) nicht gelöst werden	richtig	falsch			
	a)	bei einem Todesfall in der eigenen Familie des Arbeitnehmers					
	b)	bei Militärdienst des Arbeitnehmers					
	c)	bei Schwangerschaft der Arbeitnehmerin					
	d)	bei Unfall des Arbeitnehmers					
8.16	Der Kündigungstermin nach Ablauf der Probezeit ist						
	a)	die Zeit zwischen dem Erhalt der Kündigung und dem letzten Arbeitstag					
	b)	frei wählbar					
	c)	immer Ende eines Monats					
	d)	nie im Dezember					
8.17	Die	Sozialversicherungsbeiträge (AHV, EO, IV, ALV) für Angestellte					
	a)	müssen im Arbeitsvertrag festgesetzt werden					
	b)	werden bei einer 50%-Arbeitsstelle nicht erhoben					
	c)	gelten nur für Schweizer Bürger					
	d)	müssen in jedem Fall bezahlt werden					
8.18	Auf	der Lohnabrechnung muss zwingend die Höhe					
	a)	der NBU-Prämie zu sehen sein					
	b)	des steuerbaren Einkommens erscheinen					
	c)	der AHV-Rente zu erkennen sein					
	d)	der Krankenkassenprämie notiert sein					
8.19	We	r hat Anrecht auf Leistungen der Arbeitlosenversicherung ALV?	richtig	falsch			
	a)	Arbeitlose, welche zuvor eine Teilzeitstelle hatten und während den vergangenen zwei Jahren mindestens 12 Monate gearbeitet haben					
	b)	arbeitslos eingewanderte Menschen aus dem EU-Raum					
	c)	Menschen, die wegen einer Behinderung nicht mehr arbeiten können					
	۹)	Arbeitnehmer die in ihrem Betrieb van Kurzerheit hetroffen sind	П				

8.20	We	Welche Entschädigung darf man von der Arbeitslosenversicherung ALV erwarten?							
	a)	Lohnersatz im Mutterschaftsurlaub							
	b)	Leistungen an die Krankenkassenprämien							
	c)	Kurzarbeitsentschädigung							
	d)	Kranken- und Unfalltaggeld							
8.21	Ordnen Sie den Beispielen die Vertragsarten zu!								
	a)	Ein Kunde lässt sich im Coiffeursalon die Haare schnei- A) einfacher A den	uftrag	a)					
	b)	Arbeit als Aushilfe in einer Bäckerei B) Arbeitsverti	ag	b)					
	c)	Bestellen einer massangefertigten Kücheneinrichtung C) Werkvertrag beim Schreiner	3	c)					
	d)	Füttern der Meerschweinchen des Nachbarn während d) Kaufvertrag der Ferien		d)					
8.22	Ein Automechaniker möchte zusätzliches Geld verdienen. In welchem der folgenden Fälle verstösst das Konkurrenzverbot gegenüber seinem Arbeitgeber?								
	a)) er repariert sein eigenes Fahrzeug und spart so Kosten							
	b)	er arbeitet jeweils am Samstag im Stundenlohn im Jeansshop seiner Fre	eundin						
	c)	er repariert das Auto seines Vaters und bekommt dafür 500 Fr.							
	d)	er repariert regelmässig die Fahrzeuge seiner Kollegen gegen Bezahlung	,						
8.23	Ein	Ein Arbeitsverhältnis besteht seit fünfeinhalb Jahren. Gemäss OR beträgt die Kündigungsfrist							
	a)	2 Wochen auf Ende eines Monats							
	b)	1 Monat auf Ende eines Monats							
	c)	2 Monate auf Ende eines Monats							
	d)	3 Monate auf Ende eines Monats							
8.24	Einem Rekruten wird während der Rekrutenschule die Stelle gekündigt. Was kann er unternehmen?								
	a)	bei seinem Arbeitgeber vorsprechen und um Verlängerung der Kündigu	ngsfrist	bitten					
	b)	er muss nun eine neue Stelle suchen							
	c)	nichts, denn die Kündigung ist ungültig							
	d)	die Kündigung verlängert sich automatisch um vier Wochen, danach mu	ıss er ge	hen					
8.25	Wa	Was stimmt für den Gesamtarbeitsvertrag (GAV)? richtig							
	a)	er kann zwischen den Vertragspartnern auch mündlich abgeschlossen v	verden						
	b)	die Gewerkschaft kann ihn für allgemeinverbindlich erklären							
	c)	er wird in der Regel für eine bestimmte Branche abgeschlossen							
	d)	die Vertragspartner sind der Bundesrat und die Gewerkschaften							

